

16.40

Abgeordneter Ing. Markus Vogl (SPÖ): Geschätztes Hohes Haus! Ich möchte mich auf den Antrag des Teams Stronach beziehen, der eine De-facto-Abschaffung der Ausgleichszulage vorsieht, die wir natürlich ablehnen werden.

Die Argumentation ist, dass in unserem Land jene Menschen, die aufgrund irgendwelcher Erwerbsbiografien leider nicht in der Lage sind, eine ausreichend hohe Eigenpension zu erreichen, durch das Sozialversicherungssystem eine Ausgleichszulage erhalten. Diese beträgt für Einzelpersonen 882,78 € im Monat, vierzehnmal im Jahr, und für Familien 1 323 €. Und das wollen Sie vom Team Stronach abschaffen mit dem Argument, es gäbe Menschen, die sozusagen daraufhin planen, dass sie irgendwann einmal eine Ausgleichszulage bekommen, die planen, dass sie bei den Kindern zu Hause sind, die planen, dass sie Teilzeit arbeiten, damit sie dann in den Genuss einer solchen Ausgleichszulage kommen.

Natürlich haben Sie recht: Das kostet 1 Milliarde €! Von den 18 Milliarden €, die wir für das Pensionsversicherungssystem ausgeben, kommt dafür 1 Milliarde € weg. Aber das kommt zu denjenigen, die es wirklich brauchen und die, wie gesagt, das Pech gehabt haben, keine regelmäßige Erwerbsbiografie zu haben.

Was mich im Ausschuss besonders schockiert hat, war, dass jene Partei, die immer dafür eintritt, eine Mindestpension von 1 200 € einzuführen, zu einem Antrag, wo es darum geht, die Rechte der Versicherten zu schützen, kein einziges Wort verloren hat. Es gab **kein** einziges Wort seitens der FPÖ zu diesem Antrag! *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Peter Wurm: Das stimmt doch nicht!)*

Noch einmal zum Unterschied. – Der Unterschied ist der: Beim Team Stronach heißt es: statt Versicherungsleistung Sozialleistung! Unsere Antwort darauf ist – und wir, die Koalition von SPÖ und ÖVP, haben es eindrucksvoll bewiesen –: Wir haben die Ausgleichszulage für Menschen, die 30 Jahre in Beschäftigung sind, auf 1 000 € erhöht, und wir haben es geschafft, die Anrechnung der Kindererziehungszeiten vernünftig zu gestalten, sodass es von Haus aus hoffentlich gar nicht zu solch niedrigen Eigenpensionen kommen kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

16.42

Präsidentin Doris Bures: Als Nächster hat sich Herr Bundesminister Stöger zu Wort gemeldet. – Bitte, Herr Minister.